



direkt 13

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

UMFRAGE

Was bringt Schwarz-Gelb?

Seite 2

BUNDESTAGSWAHL

Berthold Huber setzt auf die Vernunft

Seite 3

STICHWORT

Tarifvertrag Qualifizierung

Seite 4

KRISE

Risiken möglichst früh erkennen

Seite 5

AUTOINDUSTRIE

Staatliche Hilfe für Zulieferer gefordert

Seite 5

RENTE

Neuer Tarifvertrag Altersteilzeit kommt

Seite 6

GUT GEMACHT!

Seminare für Raucherwöhnung

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

EU kritisiert Riesterreute

Seite 7

ZU GUTER LETZT

Rechten Paroli bieten

Seite 8

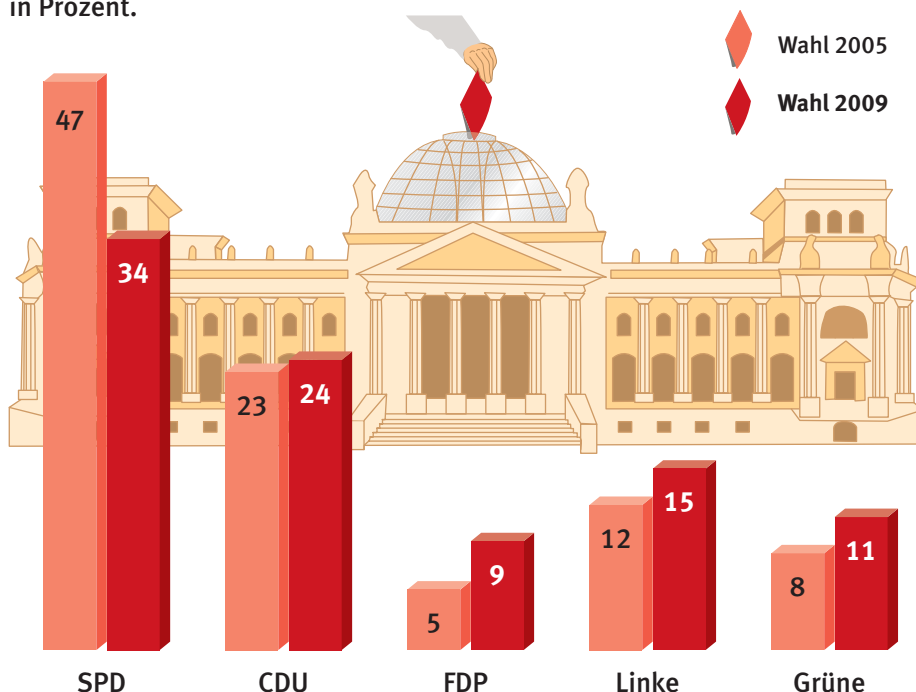
Wahlen

So wählten Gewerkschafter

Als die schlechteste aller Lösungen für Arbeitnehmer hatte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, eine Schwarz-Gelbe Regierung bezeichnet. Seit Sonntag steht fest: Die schlechteste aller Lösungen ist wahr geworden. Im Interview erklärt Huber, was die IG Metall jetzt erwartet. | **Mehr auf den Seiten 2 und 3 »**

So haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt

So viele Stimmen haben Gewerkschafter den einzelnen Parteien gegeben, in Prozent.



Quelle: infratest dimap

© direkt 13 | 2009

Extranet

➔ **VW-Tarifergebnis:** Mehr Geld, Altersteilzeit und Übernahme

➔ **Atomenergie:** Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

➔ **Wehrtechnik:** Zwischen Frieden und sicheren Arbeitsplätzen

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst: www.extranet.igmetall.de

Schwarz-Gelb siegt

Die Wahl ist entschieden: In den nächsten vier Jahren regiert in Deutschland Schwarz-Gelb. Gewerkschaftsmitglieder hätten anders entschieden. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, macht vor allem fehlende Nähe zu den Bürgern für das Scheitern der Sozialdemokraten verantwortlich.

Uwe Friemel, OJA-Vorsitzender der IG Metall Chemnitz:

»Ich bin schwer enttäuscht vom Ausgang der Wahl. Für die Chemnitzer Jugend ist es unverständlich, wie in Zeiten der Wirtschaftskrise gerade die gewählt werden können, die die Krise herbeigeschrien haben. Denn sie werden jetzt dafür Sorge tragen, dass es so ungeniert weitergehen wird wie zuvor. Das einzig Gute: Keine rechte Partei zieht in den Bundestag ein.«



Foto: Frank Rumpfenhorst

Birgit Steinborn, stellv. GBR-Vorsitzende, Siemens, München: »Ich erwarte von der neuen Regierung, dass sie alles tut, um die Krise abzufedern. Also das fortsetzt, was



Foto: Gerhard Blank

die große Koalition mit Kurzarbeit und Abwrackprämie begonnen hat. Ich befürchte aber, dass Schwarz-Gelb diese Programme zurückfährt und Arbeitnehmerrechte beschneidet. Für uns heißt das: Wir müssen die roten Fahnen wieder auspacken.«

Ralf Kronig, Betriebsrat, SAP, Walldorf: »Die Opposition wird viel Arbeit bekommen, um Schlimmeres zu verhindern. Die Gewerkschaften müssen ihr politisches Mandat ausbauen, sich weiterhin für



Foto: Matthias Emert

»Gute Arbeit« einsetzen und ihre Kampagne »Gutes Leben« fortsetzen. Eines muss deutlich werden: Für skandalöse Ungerechtigkeiten gibt es nur eine erbitterte politische Auseinandersetzung »auf der Straße.«

Thomas Hausmann, Betriebsrat, VW Nutzfahrzeuge, Hannover: »Uns als Gewerkschaften stehen vier harte Jahre bevor. Der Kampf wird um Rente, Gesundheits-



Foto: Privat

kosten und paritätische Mitbestimmung gehen. Ich befürchte, dass Arbeitnehmer weniger Einfluss im Betrieb haben werden. Die Nichtwähler haben die FDP stark gemacht. Wir müssen unsere Leute wieder mehr zum Wählen kriegen.«

Wäre es nach Gewerkschaftsmitgliedern gegangen, hätte Schwarz-Gelb keine Mehrheit. Bei ihnen erreichte die CDU 24 Prozent und die FDP kam auf neun Prozent. Für die SPD stimmten dagegen immerhin

34 Prozent der Gewerkschafter. Doch der bundesweite Trend spiegelt sich auch bei ihnen wieder. Während CDU und FDP bei Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu 2009 zulegt (CDU plus ein Prozentpunkt, FDP plus vier Prozentpunkte), verliert die SPD 13 Prozentpunkte.

Einfluss nehmen

Trotz Schwarz-Gelb wird die IG Metall in der Politik weiter mitreden:

- in zahlreichen politischen Ausschüssen,
- über die CDA – die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall,
- in Gesprächen mit Politikern aller Parteien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene,
- und über den DGB werden Gewerkschaften Einfluss nehmen.

Wieder zuhören. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, macht vor allem fehlende Nähe zu den Bürgern für das Scheitern der Sozialdemokraten verantwortlich. Er forderte die SPD auf, wieder mit den Menschen zu reden und nicht über sie, und sich wieder ihrer Themen anzunehmen.

Dazu gehören unter anderem bessere Beschäftigungschancen für junge Menschen und die Leiharbeit. Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen bei Älteren hatte die IG Metall gefordert, die Rente mit 67 auszusetzen. ■

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall; **Herausgeber:** Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler; IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; **Bildredaktion:** Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24, Fax: 069-6693-25 38, vertrieb@igmetall.de
Druck: apm AG, Darmstadt; **Anzeigen:** Petra Wedel, Tel.: 06151-8127-0, Fax: 06151-89 30 98, info@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
Telefon der Redaktion: 0800-446 38 25, Fax: 069-6693-20 02
E-Mail: direkt@igmetall.de
Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.



Foto: Gaby Gerster

IM GESPRÄCH MIT BERTHOLD HUBER

»Ich setze auf Vernunft«

Die IG Metall wird sich mit jeder Regierung auseinandersetzen. Das hatte der Erste Vorsitzende Berthold Huber vor der Wahl angekündigt. Im Gespräch mit **direkt** erklärt er, worauf sich Schwarz-Gelb einstellen sollte.

? direkt: Du hast Schwarz-Gelb als die schlechteste aller Lösungen für Arbeitnehmer bezeichnet. Ist nun der Ernstfall eingetreten?

Berthold Huber: »Ich will festhalten: Die IG Metall akzeptiert jede demokratische Regierung. Wir werden als Einheitsgewerkschaft mit der neuen Regierung zusammenarbeiten. Wir kennen die Wahlprogramme, aber einen Koalitionsvertrag gibt es ja noch nicht. Es wird sich zeigen, wie stark die Union die Ansprüche der FDP begrenzen kann. Wir sagen: Kooperation wo möglich, Konflikt wo nötig.«

» **Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ein großes Interesse, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten.**«

? direkt: Brechen für Beschäftigte jetzt schwere Zeiten an?

Huber: Die FDP regiert ja nicht allein. Ich setze auf die Vernunft von Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin hat bisher gegenüber Arbeitnehmern einen fairen Kurs gefahren. Ich hoffe, das bleibt so. Alles andere führt zu Spannungen in der Gesellschaft und zu Konflikten in den Betrieben.«

? direkt: Was erwartest Du von der neuen Regierung zum Thema Krisenbewältigung?

Huber: »Beschäftigungssicherung und Stabilisierung der industriellen Wertschöpfungsketten, das bleibt auch für Schwarz-Gelb die Hauptaufgabe – ob sie es wollen oder nicht. Vor der Wirklichkeit kann man sich nicht

drücken. Sicherlich brauchen wir die Unterstützung der Politik, wenn wir Massenentlassungen verhindern wollen. Dank des Eingreifens der Großen Koalition haben wir die Krise bisher gut gemeistert. Und ich denke, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat weiterhin ein großes Interesse, viele Arbeitsplätze zu retten.«

? direkt: Was muss die Regierung tun, um die Folgen der Krise abzufedern?

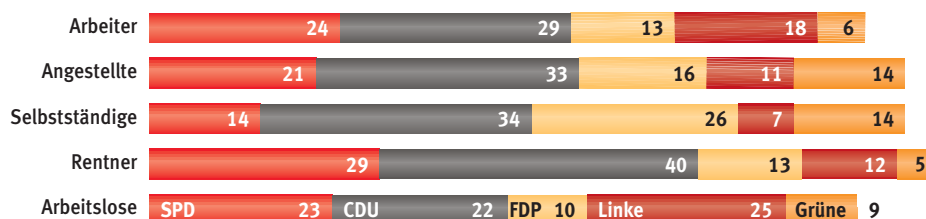
Huber: »Die Verlängerung der Kurzarbeit hat gewirkt. Aber wir brauchen weitere Regelungen. Wir fordern,

die Altersteilzeit weiter zu fördern und mit einer Beschäftigungsbrücke zu verbinden. So bekommen junge Menschen auch in der Krise eine Chance. Und wir brauchen Unterstützungen des industriellen Mittelstandes mit Eigenkapital, Bürgschaften und Krediten.«

? direkt: Was muss die Politik noch angehen?

Huber: »Sie muss vor allem die industriellen Kerne über die Krise retten. Wenn sie erst einmal weggebrochen sind, dann ist das für immer. Dafür brauchen wir eine nachhaltige Industriepolitik, die die deutsche Wirtschaft zukunftsfähig macht. Der Markt wird es eben nicht regeln. In der Autoindustrie hat er bei den umweltfreundlichen Antriebstechnologien verschlafen.«

Wahlverhalten nach Berufsgruppen (Angaben in Prozent)



Quelle: Spiegel Online

© direkt 13 | 2009

In Kürze

VOLKSWAGEN

Tarifergebnis erzielt

Die VW-Beschäftigten erhalten 4,2 Prozent mehr Geld ab Januar 2010 und Einmalzahlungen von insgesamt 710 Euro. Außerdem wird die bisherige Altersteilzeit fortgeführt. Davon profitieren die Jahrgänge ab 1955 bis 1960. Und: Für die nächsten zwei Jahre garantiert VW die Schaffung von jährlich 1250 Ausbildungsplätzen und die Übernahme der Ausgebildeten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. ■

Das komplette Ergebnis:

► www.igmetall-niedersachsen-anhalt.de

LEIHARBEIT

Länderantrag scheitert

Die Länder Bremen, Rheinland-Pfalz und Berlin sind mit ihrem Antrag im Bundesrat gescheitert, Leiharbeit neu zu gestalten. Die drei hatten gefordert, Leiharbeiter vom ersten Tag an im Betrieb gleich zu behandeln. Tarifverträge der Zeitarbeitsbranche sollten auf verleihefreie Zeiten beschränkt und die tarifliche Mitbestimmung auf Leiharbeitnehmer ausgeweitet werden. ■

FINANZMARKT

Kasino ist noch offen

Ein Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise fordert die IG Metall die Industriestaaten auf, die Idee einer Finanztransaktionssteuer aufzugreifen. Denn nur mit einer Umsatzsteuer auf Anleihen, Aktien und Devisengeschäfte lasse sich Spekulation erfolgreich bekämpfen. Denn das Kasino ist noch immer nicht geschlossen. ■

IG Metall-Forderungen unter:

► www.igmetall.de

→ Themen

→ Wirtschaft

→ Wirtschaft aktuell Nr. 17

❖ JUNGE GENERATION

Umfangreiche Broschüre

Die typische Situation für junge Menschen lässt sich zurzeit so zusammenfassen: Motiviert, aber ausgebremst. Die »Broschüre Junge Generation« beleuchtet dieses Thema ausführlich mit Zahlen, Fakten und vielen guten Interviews. In den Verwaltungsstellen vor Ort liegen Kontingente zum Verteilen. Außerdem kann man Broschüren nachbestellen. ■

Der Link zur Bestellung:

► www.jungegeneration.de

❖ GUTE ARBEIT

Gesundheit in der Krise

»Gesundheit und Gute Arbeit – kein Schönwetterthema.« Unter diesem Motto steht eine Veranstaltung von IG Metall und Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für Betriebsräte, Vertrauensleute und andere, die es betrifft. Mit IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban und einer Reihe kompetenter Wissenschaftler und anderer Experten. Sie ist am 27. und 28. Oktober in Sprockhövel. Anmelden über die Verwaltungsstelle, Seminarnummer SX 14409. Mehr Infos unter: 069-6693-2869. ■

❖ NUTZKRAFTFAHRZEUGE

Wie weiter in der Krise?

Welche betriebspolitischen Ansätze gibt es in der Krise oder welche Innovationen bringen die Branche voran? Diese und andere Fragen wollen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Branchentagung Nutzkraftfahrzeuge vom 14. bis 16. Oktober in Sprockhövel diskutieren. Anmelden kann man sich über die Verwaltungsstelle. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt. ■

WAS IST EIGENTLICH DER ...

Tarifvertrag Qualifizierung?

In der Weiterbildung von Beschäftigten hinkt die Bundesrepublik hinter anderen Industrieländern her, hat die OECD ermittelt. »Wenn Deutschland gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen will, dann ist jetzt der Zeitpunkt, in Bildung und höhere Qualifikation zu investieren«, sagt die OECD-Direktorin für Bildung, Barbara Ischinger. Auch die IG Metall appelliert an die Betriebe, die Krise zu nutzen, um ihre Belegschaften systematisch zu qualifizieren. Mit den Tarifverträgen, die es seit 2006 bundesweit gibt, hat sie ein Instrument dafür geschaffen.

Klare Regeln. Nach den Tarifverträgen müssen Arbeitgeber die Betriebsräte einmal jährlich über technische oder organisatorische Veränderungen informieren und die Auswirkungen, Qualifizierungsbedarfe und -maßnahmen für die Beschäftigten mit ihnen beraten.

Ist nichts anderes vereinbart, muss der Arbeitgeber jedes Jahr mit jedem Beschäftigten ein individuelles Qualifizierungsgespräch führen.

Den konkreten Bedarf legen beide gemeinsam fest. Der Arbeitnehmer kann selbst Vorschläge machen.

Für Weiterbildung, die sein Wissen erhalten oder an veränderte Anforderungen anpassen soll, wird er von der Arbeit freigestellt. Der Arbeitgeber zahlt sein Entgelt weiter und übernimmt die Kosten. Dasselbe gilt für Maßnahmen, die ihn für neue Arbeiten qualifizieren, wenn bisherige wegfallen.

Soll die Qualifizierung dem Beschäftigten helfen, höherwertige Aufgaben übernehmen zu können, wird er nur zum Teil dafür freigestellt (in der Regel zu 50 Prozent).

Persönlich motivierte Weiterbildung muss er selbst bezahlen, kann sich dafür aber unbezahlt freistellen lassen und er erhält eine Rückkehrgarantie.

Der Arbeitgeber muss dem Betriebsrat jedes Jahr berichten, wie er die Maßnahmen umgesetzt hat.

Der Tarifvertrag sieht vor, dass Ältere, An- und Ungelernte und Teilzeitbeschäftigte besonders gefördert werden. ■

Mehr Infos

❖ **Die Tarifverträge**

zur Qualifizierung, **eine Handlungshilfe** für Vertrauensleute und Betriebsräte zur Umsetzung des Tarifvertrags Qualifizierung und weitere Materialien sind zu finden unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen

→ Tarifpolitik

❖ **Eine Muster-**

Betriebsvereinbarung

zu Qualifizierung gibt es unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Service

→ Tarifverträge

☞ | direkt 13 | 2009

AUSBILDUNG

Übernahme muss belohnt werden

In der Krise müssen viele Auszubildende um ihre Übernahme im Betrieb bangen. Deshalb fordert die IG Metall die Bundesregierung auf, Unternehmen zu unterstützen. Sie schlägt vor, Betrieben in Kurzarbeit für jeden Auszubildenden eine Prämie von 3000 Euro zu zahlen, wenn

❖ **Jetzt übernehmen**

Für Sicherheit nach der Ausbildung kämpft die IG Metall-Kampagne »Operation Übernahmen«. Mehr dazu unter:

► www.operationuebernahme.de

der Betrieb ihn für mindestens ein Jahr übernimmt. Der Zuschuss könne aus Mitteln des »Ausbildungsbonus« bezahlt werden. Damit sollten Ausbildungsplätze für unversorgte Jugendliche finanziert werden. Bisher wurden nicht einmal ein Drittel der Mittel abgerufen. ■

Betroffenheit der Betriebe nach Betriebsgröße

Betriebsgröße	von der Krise existenziell betroffen	in Teilbereichen betroffen	nicht betroffen
Anteile in Prozent			
bis 10 Beschäftigte	7	32	61
10 bis 49 Beschäftigte	6	37	57
50 bis 249 Beschäftigte	6	40	55
250 und mehr Beschäftigte	7	36	57
insgesamt	6	37	57

Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II/2009

✂ | direkt 13 | 2009

Risiken früh erkennen

Während die einen Firmen kurz arbeiten, schaffen andere ihre Aufträge kaum. Nicht in jedem Betrieb schlägt die Krise zu. Wie stark das eigene Unternehmen gefährdet ist, können Betriebsräte selbst prüfen.

Einige Betriebe sind besonders gefährdet, in den Strudel der Krise zu geraten. Dazu zählen etwa Unternehmen, die stark exportabhängig sind. Zu den Risikofaktoren gehören außerdem: eine starke Abhängigkeit von Fremdkapital, vor allem von Finanzinvestoren, Unternehmen, die in innovativen Produktbereichen tätig sind und börsennotierte Kapitalgesellschaften.

Exportabhängige Unternehmen bekamen Auftragseinbrüche besonders zu spüren. Wer nicht nur Gewinne, sondern auch Zinsen für Kredite

erwirtschaften muss, die ihm von Finanzinvestoren aufgebürdet wurden, gerät leicht in Finanznot. Innovative Unternehmen können ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wenn sie an Investitionen sparen.

Lücken schließen. An diesen Stellen kann die Krise leicht ins Unternehmen einfallen und existenzbedrohend werden. Das Hauptproblem: Das Geld wird knapp. Arbeitgeber kennen darauf oft nur eine Antwort: entlassen. Doch gerade wenn das Geld knapp ist, kann

ein Sozialplan der Firma entgeltig das Genick brechen.

Betriebsräte können prüfen, wie gefährdet das eigene Unternehmen ist. Die IG Metall bietet ihnen dabei Unterstützung an (siehe Randspalte). Bei finanziellen Engpässen geht es erst einmal darum, die Lücke zu schließen. Das Unternehmen muss Hilfe bei Banken, Investoren oder auch dem Staat suchen. Aber es braucht auch ein zukunftsfähiges Konzept. Natürlich sollten Betriebe auch schauen, an welchen Stellen sie sparen können. ■

Material

✂ Betriebscheck

Die IG Metall hat einen Unternehmenscheck entwickelt. Anhand von Fragen können Betriebsräte feststellen, wie gefährdet ihr Unternehmen durch die Krise ist. Die IG Metall vermittelt auch Hilfe durch externe Berater. Außerdem hat die IG Metall eine Liste mit Förderprogrammen von Bund und Ländern zusammengestellt. Unternehmenscheck, Hilfe und Liste gibt es bei:

Tanja Jacquemin
Tel.: 069-6693-2453
► Tanja.Jacquemin@igmetall.de

IG METALL AUF DER IAA

Beschäftigung in der Autoindustrie sichern

Die Autoindustrie steckt in einer Konjunktur-, Finanzierungs- und Strukturkrise. Neue Technologien wie der Elektroantrieb werden die Branche in den nächsten Jahren stark verändern.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, for-

✂ Wandel gestalten

Material über die Veranstaltung von IG Metall und VDA unter:

- www.extranet.igmetall.de
- Branchen
- Automobil
- IAA

derte deshalb auf der Internationalen Automobil-Ausstellung, den Wandel gemeinsam zu gestalten. Die IG Metall wirbt für die Einrichtung eines Branchenrates »Zukunft und Mobilität«, an dem Gewerkschaften, Politik, Unternehmen und Wissenschaft beteiligt sein

sollten. Ziel sei es, Lösungen zu erarbeiten, die die Beschäftigung in der Autoindustrie sichern. Huber plädierte für eine aktive Unterstützung für die Zulieferer durch einen staatlichen Fonds. »Das Wichtigste ist, dass wir unsere industriellen Kerne erhalten«, sagte er. ■

Was war sonst?

❖ OPEL

Euro-Solidarität

Alle europäischen Werke müssen erhalten bleiben. Das war die Hauptbotschaft der 5000 Opelner, die sich am 23. September zu einer gemeinsamen Kundgebung in Antwerpen trafen. Beschäftigte aus allen deutschen Opel-Werken waren dabei. Magna plant, das belgische Werk zu schließen. Am belgischen Standort Antwerpen, wo der Astra montiert wird, arbeiten rund 2700 Menschen. ■

❖ WERFTEN

Aktionstage an der Küste

Gut 2500 Werftarbeiter aus Emden, Kiel und Hamburg haben am 18. September in Hamburg für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Standorte demonstriert. Bereits eine Woche zuvor hatten 7000 Beschäftigte von Werften und Zulieferern an Aktionstagen teilgenommen. Jutta Blankau, IG Metall-Bezirksleiterin Küste, fordert eine europäische Strategie, die Perspektiven für Beschäftigte und Branche bietet. ■

Mehr zum Thema unter:

► www.igmetall-kueste.de

Rente

Tarifvertrag Altersteilzeit schon jetzt vorbereiten

Der Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente (FlexÜ) ermöglicht es Beschäftigten, auch in Zukunft über Altersteilzeit aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Er tritt am 1. Januar in Kraft. Höchste Zeit für Betriebsräte, sich darauf vorzubereiten.

Nach dem Tarifvertrag FlexÜ haben bis zu vier Prozent einer Belegschaft Anspruch auf Altersteilzeit. Sie erfolgt als Blockmodell mit einer Arbeits- und einer Freistellungsphase und kann bis zu sechs Jahre dauern. Bei Beschäftigten mit niedrigem Einkommen wird das Entgelt auf bis zu 89 Prozent aufgestockt, bei allen anderen auf bis zu 85 Prozent.

Betriebsvereinbarungen zur Altersteilzeit, die am 31. Dezember 2009 Bestand haben, können weitergeführt werden. Es kann sich aber lohnen, bestehende Vereinbarungen an die Bedingungen des Tarifvertrags anzupassen. Etwa, um höhere Aufstockungsmodelle des Tarifvertrags zu übernehmen. Dabei kommt es auch darauf an, ob der Arbeitgeber zu Änderungen bereit ist

oder unter Umständen selbst etwas ändern will.

Gibt es keine Betriebsvereinbarung oder wurde sie gekündigt, hat der Betriebsrat Anspruch darauf, mit dem Arbeitgeber darüber zu verhandeln. In diesem Fall kann er eine Betriebsvereinbarung aber nicht erzwingen. Kommt sie nicht zustande, gilt das AnspruchsmodeLL des Tarifvertrages.

Gut durchrechnen. Entscheiden sich Beschäftigte für eine Altersteilzeit, sollten sie sich auf jeden Fall durchrechnen lassen, wie hoch die Rente ausfällt. Auch steuerrechtliche Aspekte wie die gewählte Steuerklasse und Progressionsvorbehalt bei den steuerfreien Aufstockungsbeträgen wirken sich auf die Ansprüche aus und müssen bedacht werden. ■

Material

❖ Wer kann wann?

Mehr zum Tarifvertrag flexibler Übergang in die Rente für die Metall- und Elektroindustrie gibt es hier:

► www.igmetall.de

extranet.de

→ Themen

→ Tarifpolitik

→ Altersteilzeit

Gut gemacht!

Raucher werden nicht vor die Tür verbannt

Bei Ford in Köln gibt es für Raucher jetzt eigene Zonen. Seminare sollen helfen, von der Zigarette loszukommen.

Bei den Ford-Werken in Köln brechen rauchfreie Zeiten an. Seit April gilt dort ein generelles Rauchverbot. Dennoch müssen Raucherinnen und Raucher nicht vors Werkstor, sie können neu geschaffene Raucherzonen nutzen. Wo es diese noch nicht gibt, gelten Ausnahmeregelungen. »Ich bin selbst Raucher. Auch wenn

es kleine Konflikte gibt bei der Umsetzung, gehe ich davon aus, dass letztlich alle Raucherinnen und Raucher die Vorteile eines Rauchverbotes erkennen«, sagt Vertrauensmann Joachim Meinertzhagen.

Ford bietet seinen Beschäftigten Nichtraucher-Seminare und eine individuelle ärztliche Beratung an. Das

❖ Für die Gesundheit

Eine Praxishilfe zum Thema Rauchen bietet auch die IG Metall:

► www.extranet.de

igmetall.de

→ Themen

→ Gesundheit

→ Sucht/Nichtraucherschutz

Gesundheitsmanagement am Standort in Köln setzt vor allem auf die Rauchentwöhnung. Deshalb war die Kampagne »Vorteile des Nichtrauchens« ein Schwerpunkt der Gesundheitswoche 2008.

Ziel ist es, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen von einem gesünderen Leben als Nichtraucher zu überzeugen. ■

RIESTERRENTE

Förderung muss in der ganzen EU gelten

Ausländer und Deutsche dürfen bei einem Wohnortwechsel innerhalb der EU nicht benachteiligt werden. Darauf weist der Europäische Gerichtshof hin. Er stellte fest, dass einige Vorschriften der Riesterrente das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union verletzen und sowohl Migranten als auch Deutsche, die im europäischen Ausland wohnen, diskriminieren.

Der der Europäische Gerichtshof kritisierte vor allem drei Punkte:

■ Nach den derzeit geltenden Regeln erhalten Arbeitnehmer nur dann eine staatliche Förderung ihrer Riesterrente, wenn sie in Deutschland uneingeschränkt steuerpflichtig sind. Beschäftigte oder deren Ehepartner, die hier arbeiten und im Ausland wohnen, können die Zulage nicht bekommen. Wer sich dorthin abmeldete, musste die Riester-Förderung zurückzahlen.

■ Wer mit Geld aus der geförderten Riesterrente Wohneigentum kaufen will, kann das bisher nur, wenn die gewählte Immobilie auch in Deutschland lag.

■ Wer in Deutschland nicht mehr der uneingeschränkten Steuerpflicht unterliegt, muss die staatliche Förderung zurückzahlen. Das betrifft etwa Migranten, die nach Ende ihres Erwerbsleben in ihr EU-Herkunftsland zurückkehren oder deutsche Rentner, die im EU-Ausland leben wollen.

Nach Ansicht des EuGH muss die Bundesregierung in diesen Punkten nachbessern. Damit dürften mehr Menschen eine Riesterförderung erhalten als bisher. ■

EuGH vom 10. September 2009 – C - 269/07

Mehr Wissen

Rechte von

Schwerbehinderten

Der neue Basiskommentar »**Schwerbehindertenrecht**« zeigt anhand von Beispielen, welche Rechte Schwerbehinderte am Arbeitsplatz haben und welchen Schutz ihnen die neue Rechtslage bietet. Die überarbeitete Neuauflage informiert über aktuelle Entwicklungen des Rechts schwerbehinderter Menschen. Sie enthält außerdem alle Änderungen, die seit 2004 in Kraft getreten sind, und die aktuelle Rechtsprechung. Feldes/Kamm/Peiseler/Rehwald/von Seggern/Westermann/Witt: »**Schwerbehindertenrecht, Basiskommentar zum SGB IX mit Wahlordnung**«, Bund-Verlag 2009, Frankfurt am Main.

► www.bund-verlag.de

KRANKHEIT

Gesetzlicher Urlaub verfällt nicht

Wer seinen gesetzlichen Mindesturlaub wegen Krankheit nicht nehmen kann, verliert seinen Anspruch auch nach Ende des Übertragungszeitraums nicht mehr. Urlaubsansprüche, die nach früherer Rechtsprechung des BAG bereits am 2. August 2006 erloschen waren, können jedoch nicht mehr geltend gemacht werden. ■

BAG vom 24. März 2009 – 9 AZR 983/07

BETRIEBSSCHLIESSUNG

Absicht rechtfertigt Kündigungen

Plant ein Unternehmer, seinen Betrieb stillzulegen, kann eine Kündigung sozial gerechtfertigt sein. Dazu muss der Arbeitgeber entschlossen sein, ab sofort für die Zeit nach Ende der Kündigungsfrist keine Aufträge mehr anzunehmen, und allen Beschäftigten zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen. Innerhalb der Kündigungsfrist darf er noch Arbeitnehmer einsetzen, um bereits vorhandene Aufträge abzuarbeiten. ■

BAG vom 8. November 2007 – 2 AZR 554/05

ORDNUNGSGELD

Strafen müssen dem Verstoß entsprechen

Ein Ordnungsgeld muss den Arbeitgeber motivieren, sich zukünftig gesetzeskonform zu verhalten. Ordnet ein Arbeitgeber etwa Überstunden ohne Zustimmung des Betriebsrats an, kann die Höhe des Ordnungsgelds nach dem Umfang der Überstunden gestaffelt werden. ■

Landesarbeitsgericht Hamburg vom 29. Januar 2009 – 8 Ta 1/06

INTERESSENSAUSGLEICH

Namensliste kann später ergänzt werden

Ein Interessenausgleich kann nachträglich um eine Namensliste erweitert werden, damit er den Bedingungen des § 1 Abs. 5 KSchG unterliegt. Bei einer Namensliste geht das Gesetz davon aus, dass dringende betriebliche Gründe für die Kündigung vorliegen. Offen ist, ob eine Namensliste ausreicht, auf der nur ein Teil der zu kündigenden Arbeitnehmer steht. ■

BAG vom 26. März 2009 – 2 AZR 296/07

BETRIEBSRENTEN

Ansprüche in schlechten Zeiten auch geschützt

Arbeitnehmer behalten ihre Betriebsrentenansprüche und unverfallbaren Anwartschaften, auch wenn der Arbeitgeber die zugrunde liegende Versorgungszusage widerruft. Dies gilt für alle Ansprüche und Anwartschaften, die über den Pensionsversicherungsverein insolvenzgeschützt sind. Eine wirtschaftliche Notlage rechtfertigt deren Verfall nicht. Ein Widerruf kann auch unwirksam sein, wenn der Betriebsrat nicht beteiligt wurde. ■

BAG vom 18. November 2008 – 3 AZR 417/07

ARBEITSKLEIDUNG

Wer zu wenig verdient, muss nicht zuzahlen

Arbeitgeber können Beschäftigte an den Kosten für Berufskleidung beteiligen. Allerdings müssen Arbeitnehmer, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsgrenze liegt, nichts zuzahlen. Unabhängig davon muss der Arbeitgeber die Kosten voll übernehmen, wenn ein Gesetz die Berufskleidung vorschreibt. ■

BAG vom 17. Februar 2009 – 9 AZR 676/07

❖ Seminare

■ 29. Nov. bis 2. Dez.

Rechtspopulisten missbrauchen die Krisensituation für ihre eigenen Interessen und verschärfen die Spaltung innerhalb der Belegschaften. Unter dem Motto »Aktiv werden gegen Rechts« bietet die IG Metall das Seminar »Konflikte wahrnehmen und bearbeiten, diskriminierenden Parolen Paroli bieten!« (Nr. SX24909) an. Darin werden Ursachen und Hintergründe von einer diskriminierenden betrieblichen Praxis untersucht und Maßnahmen zur Intervention erarbeitet. ■

■ 6. bis 12. Dezember

In dem Seminar »Alternativen für eine solidarische Gesellschaft« (Nr. SX25009) werden Leitbilder und Politikvorschläge für offensives betriebliches und gewerkschaftliches Handeln sowie zur Krisenintervention erarbeitet. Beide Fortbildungen fallen unter Paragraph 37,6 BetrVG und finden in der Bildungsstätte Sprockhövel statt. Die Anmeldung erfolgt über die zuständige Verwaltungsstelle. ■

Infos und Seminarprogramm:

► www.extranet.igmetall.de

→ Service

→ Seminare

❖ Material

■ Handlungshilfe

Wie Vertrauensleute, Jugendvertretungen und Betriebsräte russischsprachige Beschäftigte verstärkt für die Ziele der IG Metall gewinnen können, erläutert die betriebliche Handlungshilfe »... von Novosibirsk nach Nürnberg«. ■

Die Broschüre gibt es unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen

→ Migration

Was die Welt bewegt

Nach der Wahl I. Was wir nicht vermissen werden:

■ TV-Duelle der Kanzlerkandidaten Angela Steinmeier und Frank-Walter Merkel. Auch nicht umgekehrt. Geschenk! Das nächste mal schalten wir einfach um zu »Germany's Next Topmodell«. Da landen die Kandidatinnen wenigstens ab und zu mal einen Treffer bei der Gegnerin.

■ Vier Journalisten, die zwei Kanzlerkandidaten ..., äh was eigentlich? Abfragen? Bespaßen? Zuschauer mit Fragen wie »Duzen Sie sich eigentlich?« nerven? ■

Nach der Wahl II. Was wir vermissen werden:

■ Den gemischten Chor aller

Parteien, der das Loblied auf die Mitbestimmung singt. Gut, das gibt es nur im Wahlkampf. Und den vermissen wir wiederum nicht.

■ Schlechte Wahlwerbung. Da muss sich auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen keiner entscheiden, ob er lieber das Wetter oder den Anfang des Spielfilms verpasst, um Bier zu holen. ■

Nach der Wahl III. Was wir nie wieder hören wollen:

■ Politiker, die jede Frage mit dem Satz beantworten: »Lassen Sie mich zunächst einmal sagen ...«. Nein, lassen wir nicht, möchten wir zurückschleudern. Aber wir drehen nur den Ton ab – geht auch. ■

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

